

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
:: (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung) ::

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Telefon Nr. 584.

Nr. 97.

Donnerstag, den 19. August 1920

28. Jahrgang

Staatsbankrott?

Der Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat wiederholt in aller Öffentlichkeit auf die ungeheure schwierige finanzielle Lage des Reiches hingewiesen, ohne daß seine dringenden Mahnrufe überall ein geneigtes Ohr gefunden hätten. Bei der zweiten Beratung des Ergänzungsetats ist abermals gewissermaßen eine Glut in die Debatte untergenommen und das ganze deutsche Volk darauf aufmerksam gemacht, daß die Entwicklung der deutschen Finanzen gerade eine katastrophale geworden ist. So ist es in der Tat. Wenige Zahlen werden jedem, der sich überzeugen lassen will, zu der Einsicht bringen, daß es so wie weiter nicht weiter gehen kann, wenn nicht das Reich dem Untergange ausgeliefert sein soll.

Das laufende Rechnungsjahr weist einen Steuerertrag von 30 Milliarden auf. Dazu kommen rund 20 Milliarden Fehlbeträge aus der Eisenbahn- und Postverwaltung. In dieser Summe jährlicher Aufwendungen von 50 Milliarden tritt schließlich noch die Entschädigung Deutschlands den Alliierten zu zahlen haben wird. Daß die Entschädigung eine beträchtliche sein wird, darüber besteht niemand im Zweifel sein können. Die Frage, ob diese ungeheure Summe getrieben werden kann, vermag bereits heute niemand mehr zu beantworten. Die Steuerlast ist bis zum äußersten angezogen. Wo noch Mittel hergenommen werden sollen, das ist eine offene Frage, von der wir fürchten, daß sie eine ungelöste bleiben wird. In diesen laufenden Kosten des Reiches, die, wenn die Entwicklung so weiter geht wie jetzt, erheblich größer werden wird, treten die ungeheuren Schulden des Reiches. Im Jahre 1914 betrug die Schuld 5,4 Milliarden, heute beträgt sie bereits rund 10 Milliarden und es ist der Zeitpunkt abzusehen, daß diese Schuld nahezu verdoppelt haben wird, so daß das Reich sich längstens in zwei Jahren vor einer Schuldenlast von rund 500 Milliarden gestellt sehen wird. Das bedeutet allein eine Zinslast von 25 Milliarden jährlich, also fast soviel, wie heute das deutsche Volk Steuern aufbringen muß.

Trotz dieser überaus ersten finanziellen Lage mehr als die Belastungen des Reiches fortgesetzt. Von allen Seiten werden immer wieder neue Ansprüche und Forderungen an das Reich gestellt. Wenn dem nicht Einhalt gesetzt wird, dann kann man sich zahlenmäßig ausrechnen, wann der Augenblick kommen muß, an dem das Reich den formellen Staatsbankrott erklären muß, so sehr die maßgebenden Stellen sich dagegen auch sträuben. Wir haben den formellen Staatsbankrott, denn tatsächlich ist das deutsche Reich bereits längt bankrott. Das deutsche Reich ist schon längt aus der Konturschuld. Wohin wir auch blicken, wird eine Wirtschaft getrieben, die man kaum noch als eine Bankrottwirtschaft bezeichnen kann. Es ist uns in der Tat so wie es zu ersehen. In dieser Entwicklung sind zum größten Teil die Verhältnisse und die Lage des Reiches, die eben nicht werden können, schuld.

Man wird sich fragen müssen, gibt es noch einen Weg, dem scheinbar unabwendbaren Staatsbankrott des Reiches zu begegnen. Es ist selbstverständlich, daß alles, was in Reichsmacht steht, geschoben muß, um die Lasten vom deutschen Volk abzuwenden, denn der Staatbankrott würde die Einstellung sämtlicher Zinsleistungen und die Abschaffung sämtlicher Sozialleistungen bedeuten, was für das deutsche Volk gleichbedeutend sein mit der Aufhebung des Lebens des deutschen Volkes, welches dann endgültig zum Arbeitslosen und zum internationalen Kapitalisten werden würde. Es wäre eine Katastrophe, die nicht nur die Steigerung der Produktion und die Entwicklung des Reiches, sondern auch das Chaos hinausführen können. Es sind alle Maßnahmen unternommen, nichts ist gescheitert. Sollen wir es dahin kommen lassen, daß das deutsche Volk hilflos durch Not und Elend zur besseren Versorgung werden muß? Es gibt nicht wenige Menschen, die sogenannten Katastrophentheorien, die auf dem Standpunkt stehen, daß das deutsche Volk nicht früher in die Katastrophe kommen wird, bis es hilflos den Verhältnissen überlassen ist und der Not ausgeliefert ist.

Die Vertreter dieser Katastrophentheorien übersehen dabei, daß es eine, daß dabei Werte verloren gehen werden, die heute mehr als je unersetzbar und vielleicht nie wieder zurückzubringen sind. Darum muß das deutsche Volk es das letzte Unglück abwenden will, und dazu ist es den Willen hat, nach unserer Überzeugung, daß es noch in der Lage, alles ausrichten und seine Lage herbeiführen, um die deutsche Wirtschaft und die Finanzen wieder allmählich auf die alte Höhe

zu bringen. Tut es das nicht, dann wird es seinen Untergang finden. Das würde ein Schicksal sein, welches es sich letzten Endes selbst bereitet und daher verdient haben würde.

Die Internationale.

Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf der internationalen Vereinigung der Transportarbeiter in Amsterdam, wodurch die Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner aller Länder aufgefordert werden, durch alle Mittel die Bestrebungen derer zu vereiteln, die das proletarische noch einmal zu einer Schlächterei führen wollten.

Ausgewiesene Engländer.

Paris. Der Präsident der parlamentarischen Section der englischen Arbeiterpartei, Adamson, und der Präsident des Transportarbeiterverbandes, Gosling, sind am Dienstag in Paris eingetroffen und haben mit der C. G. T. (Allgemeiner Arbeiterverband) sich in Verbindung gesetzt und sich mit Foubert besprochen.

Paris. Die Delegierten der englischen Labour Party wurden bei ihrer Ankunft erwartet, das französische Territorium zu verlassen. Sollten sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so würde ein Ausweisungsbefehl erlassen.

Paris. Die Delegierten der englischen Arbeiterpartei, die von der französischen Regierung ausgewiesen wurden, haben Paris verlassen.

Die französischen Sozialisten.

Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten hat beschlossen, an den Kammerpräsidenten das Gesuch um sofortige Exekution der Kammer zu richten angesichts der schweren der gegenwärtigen Ereignisse.

Weiter wird noch berichtet, daß die sozialdemokratische Fraktion einstimmig beschlossen hat, sofort eine Interpellation an über die Ausweisung der englischen Delegierten einzubringen, sowie ferner über die ungesetzliche Haltung der Regierung gegen die russische Revolution. Zur Verfolg dieser Interpellationen wird die sozialistische Kammerfraktion verlangen, daß die Ministeren Clemenceau und Millerand in den Anklagezustand versetzt werden.

Die englischen Arbeiter.

„Telegraph“ zufolge beschloß der Aktionsausschuß der englischen Arbeiter, den 22. August zum „Friede-mit-Ausland-Tag“ zu erklären und zur Abhaltung von Kundgebungen in allen Städten und Dörfern aufzurufen.

Zur Tagesgeschichte.

Prinz Max über die Bolschewisten.

In einer vom Prinzen Max von Baden einem Mitglied der „Neuen Badischen Landeszeitung“ gewährten Unterredung sagte der Prinz auf die Frage, ob er an eine Invasion der Bolschewisten glaube: „Laut der Psychologie genügt, um zu wissen, daß die militärische Invasion gerade eine Nation sammeln könnte, die er sprengen will. Der Plan ist vielmehr: Entseffung des Bürgerkriegs in den angrenzenden Ländern. Die revolutionäre Bewegung soll ihm entgegenstellen, so daß schließlich der Vormarsch, wenn er überhaupt nötig ist, offene Türen findet und nur eine Vereinigung von Bundesgenossen ist. Auf die zweite Frage, ob er denn gar keinen Weg ins Freie sähe aus unserer furchtbaren Zwangslage heraus, antwortete er: Es gibt eine sehr schmale Hoffnung, aber wir müssen ihr nachgehen; denn jeder andere Weg führt sicher zum Verderben. Das ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Neutralität nach Osten und Westen und ein letzter verzweifelter Versuch, die Revision des Versailler Friedensvertrages herbeizuführen.“

Das ostpreussische Abstimmungsgebiet.

Die Vorschaukonferenz überstand am Sonntagabend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation die Entscheidung über das ostpreussische Abstimmungsgebiet. Darin werden die Orte Lobenstein, Klein-Rappern und Großen von Deutschland abgetrennt und Polen zugesprochen. Anstehend handelt es sich jedoch um eine bereits überholte Entscheidung des Obersten Rates, denn die interalliierte Kommission in Weimar erwählte bei ihrem Abgang diese Entscheidung mit seinem Wort und übergab das ostpreussische Abstimmungsgebiet einschließlich den drei Ortsteilen dem deutschen Reich und Staatskommissar.

Der Ostauschuß.

Der sogenannte Ostauschuß des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Zentrumsgesandten Fleischer aus je einem in den östlichen Gebieten gewählten Abgeordneten besteht und der die Aufgabe hat, die Regierung

in den östlichen Fragen zu beraten, hat im Auswärtigen Amt mit Vertretern dieser Behörde eine längere Besprechung abgehalten.

Reichsnotopfer und Besitzsteuer.

Auf Anfrage gibt das Reichsfinanzministerium bekannt, daß für die Besitzsteuer eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Steuererklärung nicht erfolgt sei und der Termin vom 28. August festgehalten werden müsse. Diese verschiedenartige Behandlung von Besitzsteuer und Reichsnotopfer erfährt nun neuerdings namentlich in industriellen und Handelskreisen starken Widerspruch mit dem nicht unberechtigten Hinweis, daß beide Steuererklärungen die zum Reichsnotopfer und die zur Besitzsteuer, im engen Zusammenhang mit einander ständen, daß für beide Erklärungen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1919 die Grundlage sei, daß dieselben Gründe für die Fristverlängerung für die Erklärung zum Reichsnotopfer auch in gleicher Weise maßgebend seien für die Erklärung zur Besitzsteuer. Werde also die Erklärung über die Besitzsteuer bis zum 28. August gefordert, dann liege kein Grund vor für die Fristverlängerung zum Reichsnotopfer. Jedenfalls müsse für beide Steuererklärungen der gleiche Termin festgehalten werden, denn sonst bedeutet die Maßnahme des Reichsfinanzministeriums nur eine Verneuerung der Schwierigkeiten und keine Erleichterung.

Der internationale Gerichtshof.

Der norwegische Gesandte in Stockholm, Professor Hagerup, ist von seiner Teilnahme an der internationalen Juristenkonferenz in Antwerpen, die vom Völkerbund den Auftrag hatte, den Entwurf für einen ständigen internationalen Gerichtshof auszuarbeiten, nach Stockholm zurückgekehrt und hat über das Ergebnis der Tätigkeit des Ausschusses einem Vertreter der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ mitgeteilt, wenn der Entwurf des Ausschusses zur Durchführung komme, werde die Welt eine ganz neue Epoche der Erlebung der internationalen Entwicklungen erleben. Das wichtigste sei, daß man zu einer vollen Übereinstimmung über die Art und Weise gelangt sei, in der der internationale Gerichtshof gewählt werden solle. Die Wahl der Mitglieder solle erfolgen auf Grundlage eines Zusammenwirkens zwischen den beiden Organen des Völkerbundes, dem Völkerbund und der Bundesversammlung. Die Wahl solle vor sich gehen auf Grundlage einer Liste, die von den verschiedenen Nationen des heutigen Schiedsgerichtshofs in Haag zusammengestellt sei. Der Vorschlag des Ausschusses sei zum großen Teil auf einem früher von einem besonderen Regierungsausschuß der nordischen Länder ausgearbeiteten Vorschlag aufgebaut.

Eine nordische Konferenz.

Am 18. und 19. August findet in Kristiania eine parlamentarische Versammlung der nordischen Länder statt, woran die Ministerpräsidenten und Außenminister Norwegens und Schwedens und hervorragende Staatsmänner Dänemarks teilnehmen. Die Konferenz wird sich mit folgenden Fragen beschäftigen: Änderungen und Zusätze zum Völkerbundsvertrag; Abrüstung, besonders hinsichtlich der künftigen Militärverhältnisse der nordischen Länder, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ueberlei Nachrichten.

Unruhen in Oberschlesien.

Bei einer Demonstration für die Neutralität Oberschlesiens wurde in Katowitz ein französischer Soldat getötet. Bei dem darauf einsehenden Feuer französischer Kavallerie gab es 9 Tote, darunter 2 Sicherheitspolizisten, und 26 Verwundete. Der Polenführer Rechtsanwalt Dr. Mikulski, der eine Handgranate aus dem Fenster warf, wurde von der erregten Menge erschlagen und in die Katwa geworfen. Eine Abordnung der Gewerkschaften forderte von dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission Entwaffnung und Abzug der Besatzungstruppen. Diese Forderung wurde strikte abgelehnt. Die Erregung ist ungeheuer.

Neue Uebersee-Verbindungen.

Wie der Leiter des deutschen Telegrafendienstes, Ministerialdirektor Dr. Bredow, mitteilt, haben in Berlin Verhandlungen über die Herstellung von Verbindungen mit Amerika für den Privatverkehr stattgefunden. Die amerikanische Marinestation, die bisher den gesamten Funkdienst vermittelte, gab den Privatverkehr am 1. August an die amerikanische Gesellschaft Radio Corporation ab. Die Verhandlungen mit dem Präsidenten der Gesellschaft haben das Ergebnis gehabt, daß die amerikanische Gesellschaft vom Tage der Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten fortan mit dem deutschen Telegrafendienst verbunden sein wird.

zugelassen wird. Was zum Eintritt des Friedenszustandes wird der Verkehr, wie es bisher mit der amerikanischen Marinestation der Fall gewesen ist, ohne besondere Vereinbarung abgewandelt.

Gleichzeitig wird eine zweite amerikanische Gruppe, die neugegründete Radio Communication in New York, woran das große Zeitungsunternehmen von Hearst beteiligt sein soll, eine Großfunkstelle bei New York erbauen ebenfalls für den Privatverkehr mit Deutschland. Durch Eröffnung dieser neuen Verbindungen ist erstmalig seit 1914 die Möglichkeit geschaffen, nicht nur Telegramme nach Nordamerika, sondern auch nach Mittelamerika, Japan, China usw. unter Vermeidung der Londoner Weltzentrale abzusenden und aus diesen Ländern zu empfangen.

Ein Ersatz für Kohle?

Prager deutsche Blätter melden nach der „Prager Zeitung“ eine Erfindung des deutschböhmisches Technikers Gustav Deutner in Wlitz, die atmosphärische Elektrizität für technische Zwecke nutzbar zu machen. Das System Deutners unterscheidet sich von dem des Hamburger Paulsen, welcher gasgefüllte Metallkugeln emporläßt, um atmosphärische Elektrizität daran zu sammeln, dadurch, daß an die Stelle der Ballons 12 Meter hohe Masten treten, welche kleine mit zahlreichen Spitzen versehene Metallkugeln tragen. Das System ist äußerst einfach. Bei einem Versuch wurde gleichzeitig ein kräftiges Licht und eine Glühlampe durch die Elektrizität eines Mastes betrieben; die Spannung betrug 300 bis 1550 Volt.

Spanische Marmnachrichten.

Aus Spanien kommen alarmierende Nachrichten. Die Arbeiter der Werften von Ferrol sind in den Streik getreten. Eine Bombe ist in dem Bureau des Direktors explodiert. In Sevilla wurde ein Arbeiter getötet, der dem Streikbefehl keine Folge geleistet hatte. Der Zustand in Barcelona macht der Regierung große Sorgen. Sie sucht daher nach Mitteln, um diese Bewegung mit Erfolg zum Scheitern zu bringen. Der vor einigen Tagen ermordete Gouverneur ist getötet worden, weil er die Absicht hatte, verschiedene Leute in großer Anzahl verhaften zu lassen. Mehr als 1500 als gefährlich betrachtete Leute haben monatelang in den Gefängnissen gesessen, ohne daß irgend ein Verfahren gegen sie eingeleitet wurde. Der jetzige Minister hat die meisten dieser Personen wieder entlassen. Einige der freigelassenen Leute haben den Gouverneur ermordet und sind dann geflüchtet, ohne daß jemand weiter sich um sie kümmerte. Im Juni haben 35 politische Anschläge stattgefunden. Jetzt trägt sich die Regierung mit dem Plan, eine gründliche Umformung des Polizeiwesens vorzunehmen.

Kleine Meldungen.

Paris. Havas berichtet aus Rom, daß in der Unabhängigkeitserklärung von Rueme eine Volksabstimmung vorgesehen ist, in der der jenseitige Einfluß der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden soll.

Paris. Nach einer „Temps“-Meldung aus Sofia ist von Seiten des Ministeriums eine Untersuchung darüber eingeleitet worden, welche Gründe das Kabinett Malinow seiner Zeit verhindert haben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

Brüssel. Die internationale Finanzkonferenz von Brüssel ist am 24. September geschlossen worden.

London. Der „Evening Standard“ erzählt von ausländischer Seite, die diplomatische Lage zwischen England und Frankreich sei günstiger. Man halte einen bedeutenden Fortschritt zu einem vollen Einvernehmen über alle strittigen Punkte für unmittelbar bevorstehend.

London. Nach einer Neumeldung aus Simla sind wegen der Unruhen in Mesopotamien drei Infanteriebrigaden und eine Feldartilleriebrigade als Hilfstruppen dorthin entsandt worden. Einige Truppenabteilungen sind bereits angekommen. Die Lage hat sich gebessert.

London. Den Mätern zufolge verschwand plötzlich der nach England gebrachte irrenfreundliche Erzbischof Rantzi zusammen mit seinem Sekretär. Ihr Aufenthaltsort ist unbekannt.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

60) (Nachdruck verboten.) Der Dorfkrug bot heute einen festlichen Anblick. Der Wirt hatte es sich nicht nehmen lassen, rings um die Türeinfassung ein Gewinde aus Immergrün, Palmen und Asten anzubringen, um auch jedem Ueberschallenden ein fröhliches Willkommen zu sagen. In diesen Räumen sollte heute ein Ereignis abspielen, und zwar ein freudiges.

Bald nach Mittag waren vier Dorfkruganten durch die Tür eingezogen. Sie legten ihre Instrumente beiseite und ließen es sich bei Kartenspiel und einem bereitwilligst freudigen Beistand wohl sein. Der von den Dorflern irgend abkömmlich war, strebte dem Krüge zu, teils um selbst eine kleine Stärkung zu sich zu nehmen, teils um als Zuschauer auf und ab zu promenieren.

Der kleine Saal stand hart an der Dorfstraße und ließ sich von außen gut überblicken. Er hatte durch Tannenzweige einen festlichen Aufzug erhalten. Draußen entstand unter den Zuschauern eine Bewegung. Man hörte die Worte rufen: Sie kommen! Das Brautpaar, das nach der Trauungszeremonie zum erstenmal als Mann und Frau das eigene Haus aufgesucht hatte, um sich von den in der Kirche empfangenen Einbräuten zu erholen, erschien jetzt, die Augen zu Boden geschlagen, mit den Verwandten und Gästen zum Hochzeitsmahl. Mit ihren vom Glücke verklärten Gesichtern machten sie beide einen durchaus vorteilhaften Eindruck.

Lehrer Freilaut gab dem Krugwirt das Zeichen zum Austragen. Er übernahm es auch, der Hochzeitsgesellschaft die Plätze anzuweisen. Währenddessen erschienen der Rechnungsführer Knapach mit dem Unterinspektor Hinge, welche die Mitteilung überbrachten, daß der Baron mit Tochter soeben abgefahren seien.

Johann, der Diener, der auf Betreiben der Braut in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste um die zustande gekommene Heirat auch eine Einladung erhalten hatte, konnte dieser jetzt tatsächlich nachkommen, durch die Abwesenheit des Barons dienstfrei geworden war.

Zement reichlicher angeboten!

Sichern Sie sich sofort eine

AMBI-Dachziegel-Maschine

für Handbetrieb

(D. R. P. und Weltpatente)

Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch unmittelbar an der Baustelle im leichtesten Handbetrieb)

Grosse Ersparnisse. Beste Kapitalanlage, da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt.

Verlangen Sie die Druckschriften D

AMBI-Werke Abt. II J/35

Berlin-Johannisthal.

Russisch-polnischer Krieg.

Warschau noch in polnischer Hand.

An Berliner amtlichen Stellen ist von einer Einnahme Warschaus nichts bekannt. Die Meldungen, die von einem Fall Warschaus berichten, werden für unglaubwürdig gehalten.

Warschauer Telegramme der „Rossischen Zeitung“ berichten sogar von einer Verstärkung des polnischen Widerstands vor Warschau unter der persönlichen Führung Pilsudski. Ein starker polnischer Vorstoß mit dem Ziele Pilsudski sei in die Wege geleitet. Der halbe Weg zwischen Weichsel und Bug sei von den Polen zurückerobert. Dagegen gäben die Polen das Vordringen der russischen Reiterei westlich Warschaus zu.

Warschaus Lage gebessert.

Die Pariser Blätter melden fast gleichlautend, daß sich nach Nachrichten aus Warschau die Lage der polnischen Hauptstadt gebessert habe. Nach dem „Petit Parisien“ heißt es: Die Gegenoffensive der polnischen Truppen geht voran. Die bolschewistischen Truppen sind an der Nordfront zurückgeschlagen worden und eine Gefahr für Warschau besteht nicht mehr.

Im polnischen Korridor.

Der russische Vormarsch im Korridorgebiet geht zunächst unweit der ehemaligen Grenze unauffällig weiter. Die Stadt Strasburg wurde nach eintägigem Kampf genommen. Die Polen zogen sich in voller Auflösung zurück, von den Russen in Richtung Thorn-Graudenz verfolgt. Diese stehen bereits 80 Kilometer westlich Soldau.

Flüchtende Polen.

Nach Nachrichten aus Berlin nehmen die Grenzübertritte flüchtender polnischer Bevölkerung immer größeren Umfang an. Auch Polen und Thorn sind von polnischen Flüchtlingen überflutet.

Eine unwahre Behauptung.

In einem Aufruf des polnischen Verteidigungsrates: „An die Völker der Welt“, Forderung aus Warschau vom 10. August, verdrängt die polnische Regierung Deutschland des Bruches der Neutralität. In dem Aufruf heißt es: „Kann das Gewissen der Welt angesichts des Verbrechens schweigen, das an den Weichselufer die ehemaligen Generale Mikolajewski des Zweiten unter Leitung der Generale Wilhelm des Zweiten vorbereiten?“

den war. Mit abgemessenen Bewegungen, die einer gewissen Grazie nicht entbehrten, näherte er sich der Hochzeitsgesellschaft und begrüßte die Respektspersonen mit devotem Anstand, worauf er sich an der Tafel gravitätisch niederließ und durch Haltung und Gebärde zu erkennen gab, daß durch sein Erscheinen als Vertreter der Schloßherrnschaft dem Hause Pöplau und Cie. eine ganz besondere Ehre zuteil geworden sei.

Als letzter Gast trat Kohlrausch ein. Er brachte eine vorzügliche Stimmung mit, die sich auch bald auf die anderen Gäste verpflanzte, namentlich auf die Gutsbeamten.

Kohlrausch und seine Frau, Ottilie, die Magd und Christian, der Hausknecht — alle beteiligten sich am Austragen der warmen Speisen. Draußen drückten sich die Dorfler ihre Nasen an den Fensterscheiben platt. So etwas hatten sie doch so bald noch nicht gesehen: die ganzen Gutsbeamten als Gäste bei der Hochzeit eines einfachen Kutschers. Das mußte seine besonderen Gründe haben! Ob nicht das dicke Ende hinten nachkommen würde, meinte dieser oder jener. — Ob nicht der Schloßherr mit einem Donnerweteter dreinschlagen werde, wenn er davon erfuhr, meinte ein anderer. — Ob nicht die junge Frau Beziehungen gehabt haben könnte zu den Inspektoren, munkelte eine dritte Gruppe. — Ob nicht zwischen der jungen Kutschersfrau und der Baroness irgend ein Geheimnis bestanden mochte, wußte es in einem eng zusammenstehenden vierten Häuflein, weil die Baroness sich einer Heirat erst widerlegt habe und Marie die Genehmigung erst erteilt worden sei, nachdem eine erneute Aussprache zwischen beiden erfolgt war, aber welche Marie absolutes Stillschweigen bewahrt hatte. Man war sich darüber einig, daß irgend etwas an dem auffallenden Gebaren nicht richtig sein müsse.

Kohlrausch, der erst unlängst an der Mittagstafel im Schloße teilgenommen hatte, nippte anstandslos hier und da von einem Teller, hielt sich aber im übrigen an die Getränke und brachte in launiger Rede den ersten Trinkspruch auf das neuvermählte Paar aus.

Die Kutschersleute blickten, ganz verwirrt über so große Ehrung, starr auf ihre Teller. Untereinander verständigten sie sich meistens mit Nicken und Ellenboagen.

Dazu wird von zuständiger Stelle erklärt: Es ist unklar, daß deutsche höhere Offiziere in der Armee dienen oder daß deutsche Generale an der Spitze der russischen Operationen gegen Polen irgendwelche Tätigkeit haben. Auch die russische Regierung erklärte in dem Funkspruch vom 13. Juli: „In allen unseren Armee gibt es nicht einen einzigen deutschen Offizier!“. In der russischen Regierung ist dies zweifellos bekannt. Es ist klar, daß sie mit bewußt unwahrer Behauptung gegen Deutschland und die Deutschen hetzen will.

Behandelt die Deutschen besser!

Besonders eigenartig, weil in leicht erklärlicher Versprechung zum sonstigen Vorgehen der Polen beruht, Stimmungsmaße, die jetzt plötzlich im sogenannten polnischen Korridor betrieblen wird. Es werden dort late angeklagen: „Behandelt die Deutschen besser!“. Lissa ist der Führer der Deutschen plötzlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Das Meer Wrangels.

General Wrangel verfügt, wie der „Secur“ berichtet, über ein gut ausgerüstetes Heer von 80 000 Mann. Die Basis der Front, die sich östlich des Kaspischen Meeres bis zum Dniepr ausdehnt, ist Alexandropol.

Die Amerikaner.

Der Panzerkreuzer „Pittsburg“ und ein Zerstörer sind gegenwärtig in Cherbourg befinde, erhielten dort Befehl, nach den baltischen Gewässern sich zu begeben, dort die amerikanischen Interessen zu schützen. Eine weitere Meldung besagt, daß die beiden Schiffe sich nach Lissa begeben, wo sich zahlreiche aus allen Gebieten Lens geflüchtete Amerikaner befinden.

Der Aufruhr in Kattowitz.

18. Aug. Nach einer Meldung der „Ostpreussischen Morgenpost“ aus Kattowitz: Spannung heute nachmittags wieder zur Entladung. Gegen 6 Uhr nachmittags hatte sich vor dem „Deutscher Hof“ dem Sitz des polnischen Bestimmungskommissariats, eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die dort ein großes Waffenversteck vermutete und dessen Auslieferung verlangte. Als ein Auto mit Sicherheitspolizei erschien, das die Menge streute, wurde plötzlich aus dem Hause Feuer entzündet. Die Straße war sofort leer; jeder Passant war bedrängt. Einige junge Leute erschienen mit Gewehren und Granaten, und es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht. Um 8 Uhr abends brach in den umliegenden Räumen des Hauses Feuer aus, und gegen 9 Uhr ergab sich die Besatzung. Die Sicherheitswehr und Feuerwehr gingen an die Löschung des Feuers und Festnahme der Besatzung. 17 Personen wurden genommen. Die Alten liegen auf der Straße. — Stadt war später ruhig. Die gesamte Bevölkerung trotz des Belagerungszustandes auf der Straße. Belagerungstruppen werden in den Kasernen gehalten. 9 Uhr abends war die Verbindung mit Kattowitz gebrochen.

Verstärkter Belagerungszustand.

18. Aug. Heute nachmittag herrschte im allgemeinen Ruhe. Starke Patrouillen der Sicherheitswehr durchzogen die Straßen. Laut der Interalliierten Regierungs- und Volksabstimmungskommission in Oppeln vom 17. August wurde der Belagerungszustand über Kattowitz verhängt. Von 4 Uhr abends bis 4 Uhr früh darf niemand ohne Ausweis der Interalliierten Kommission die Straße betreten.

denn zu sprechen wagten sie gar nicht. So verhielt sich einer energischen Aufmunterung und Belebung durch den Diener Johann, der ganz in ihrer Nähe stand, daß sie um sich blickten und ihrer Pflicht nachkamen. Man wollte so mit ihnen anstoßen. Nun kam Leben in die Pöplausche Freundschaft und Vertrauenshaft; selbst die alte Hanne Ulmers ergriff ein Wort mit ihren zitternden Händen.

Als sich Teller und Schüsseln, namentlich auch Flaschen allmählich geleert hatten, fand Pöplau Mut, eine Tantrede zu stottern. Aber nur stammelte stottern konnte er vor heilem Glücksgefühl.

„Mien leihen Väd un Gränd! Ja — ja — ja — möt mi of — — — t möt mi jetzt of unsprächen, — — — et möt runner von de Bäwer, wat t in Garten hew. Aee, so wat! Hätt man wohl so seihn? Bi de Hochtiob von mien Vell der Oberinspекter, der Herr Inspektor, die beiden Schmeißer! — — — Is et mienchenmöglich?“ Vor Kohlrausch schnappte seine Stimme nach oben über und löste in einen Hustenanfall auf. Ehe er fortfuhr, schüttelte er sich mit dem Handrücken die Augen.

„Vor sone grote Ehr bedant id mi of völlen mien Hären. De leiw Gott mag Se't vergähen, ja la't nich. An nu noch de 1908e Utstättung, die Hären geschenkt bewren — — — nee nee — — — dat is wedder gaut tu maken. 'n Handdruck woll'n mi leihen, ganden Hären gaben. Kumm, August, er sich an seinen Schwiegersohn, „Kumm, Morle!“

Die so Aufgeforderten schlossen sich dem die Teller verlegen an und machten einen Rundgang um die Teller, um ihren Dank für die generösen Geschenke abzugeben.

„Tideldibeldi — bum, bum, bum, bum.“

„Heil! Wer tanzt mit mir?“

Wie die Mäde flogen, wie die Hühne mal leiw mal schwer auf die Felle gesetzt werden. Kohlrausch tanzte mit der Braut, die mit hochrotem Kopf, wie ein Fensterl an seinem Arme lehnte. Ihr gelbes Haar, das von der Mäde des Schmeißer geworden war, sentte sich immer mehr auf ihren Ohr, wodurch sich ihr Aussehen ungünstig veränderte. (Fortsetzung folgt)

Neue Krise im Saargebiet.

Die Spannung im Saargebiet hat, wie aus Meldungen verschiedener Blätter hervorgeht, noch keineswegs nachgelassen, und es kann mit dem neuerlichen Ausbruch des Generalstreiks gerechnet werden.

Deutscher Hausbesitzertag.

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat in seiner drei- tagigen Hauptversammlung in Magdeburg sich eingehend mit den für den Hausbesitz wichtigsten Fragen beschäftigt, vor allem mit der Frage der Höchstmiete, in deren eine Erleichterung der Notlage des Hausbesitzes und eine Zunahme der Rechtsunsicherheit für ihn erblickt wurde. Der Vertreter des Reichsjustizministers sagte, daß die in Vorbereitung befindliche Reichs-Höchstmiet- verordnung die Beschwerden beseitigen werde.

Zur Grundlage der Beratungen dienen Referate von Professor Fiedt (Marburg) über Grundrente und Steuer, vom anhaltischen Landtagspräsidenten Peus über Grundrente und die Einparung des Wohnungskapitals und von Generaldirektor Dieckhoff über die neue Gesetzgebung auf dem Gebiete des Mieterschutzes und die Wohnungsschlagnahme. Das Reichsjustizministerium wendet sich gegen die steuerliche Einbeziehung der Grundrente. In Anlehnung an die von dem Vortragenden entwickelte Zeit- stufe erklärte die Versammlung die Einbeziehung der Grundrente für den Staat im Wege der Besteuerung für unvereinbar mit der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaft- ordnung und für eine Unterbindung des Verkehrs zur Woh- nungsproduktion und bezeichnete als im Widerspruch mit dem verfassungsrechtlichen Gewährleistungsgehalt, wenn ein Teil der Grundrente durch Festlegung von Höchstpreisen für Pacht und Miete den Eigentümern weg- genommen und den Pächtern und Mietern zugewendet werde.

Die von Peus unterbreiteten Vorschläge erkennen an, daß die heutigen Mieten nicht mehr angemessen sind, und empfehlen die Einparung eines Wohnungskapitals, da- mit jeder durch Erspargnis des erforderlichen Kapitals befreit werde, ein eigenes Heim zu besitzen. Wer es nicht anstellt, sondern von einem andern wohnt, müsse diesem (dem Hausbesitzer) vergüten und amortisieren. Der selber sein Haus erwerben und verwalten will, soll er seinen Wert, den Gegenwert als vor Zugriffen ge- schütztes Kapital einzusparen, um von den Zinsen seine Miete bezahlen zu können, wofür eine reichsrechtliche Regelung vorgeschlagen wird. Der Verbandstag stimmte zu, daß mit allen Mitteln auf eine friedliche Ver- einbarung zwischen Vermietern und Mietern hingearbeitet werden müsse, und begründete die Zeitstufe als einen ersten Schritt zur Herbeiführung einer solchen Verständigung, wenn man auch den vorgeschlagenen Weg in seinen Kon- sequenzen noch nicht übersehen könne.

In der Aussprache über die neue Gesetzgebung auf dem Gebiet des Mieterschutzes und der Wohnungsbe- dingungen wurde darauf hingewiesen, daß der Reichs- tag den Hausbesitzern bisher eine Mietenobergrenze von 75 Prozent der Friedensmiete und ab 1. Oktober von 60 Prozent zugesprochen hat, sowie die Erhebung von 10 Prozent aus dem Mietertrag der Untervermietung, fer- ner daß die Staatsbehörde gelegentlich der Befolgung- erklärung die Miete der Mietwohnungen in den Dienst- wohnungen um 150 Prozent gesteigert habe. Die Haus- besitzer seien jetzt nicht imstande, für die ordnungsmäßige Instandhaltung des Hauses zu sorgen. Der Verbandstag hat die Zeitstufe an, in denen er sich grundsätzlich gegen die Zwangswirtschaft ausspricht und erklärt, gesetzliche Vorschriften des Mieterschutzes dürften nur soweit und unter Anwendung finden, als es im dringendsten In- teresse der Wohnungsmieter notwendig sei. Zwangs- wirtschaft im Mieterschutz, insbesondere Festsetzung von Mietpreisen dürfe überhaupt nur als vorüberge- hende Maßnahme für Zeiten besonderen Notstandes ge- sehen, womit die preussische Höchstmietverordnung mit ihren verheerenden Wirkungen in Widerspruch stehe. Die Mieten seien so zu bemessen, daß sie mindestens die volle Verpflegung des eigenen und fremden Kapitals nebst Til- gungsraten Deckung aller mit dem Hause verbundenen öf- fentlichen und notwendigen privatrechtlichen regelmäßig wiederkehrenden Lasten einschließlich der Aufwendungen für baulichen Unterhalt, angemessene Vergütung für die Verwaltung des Hauses, eine angemessene Mißbrauchs- prämie für überhöhte Wohnungen und Mietsverlust und die Ab- wendung umfasse.

Ein weiterer Beschluß verlangt, daß es zu einem An- stieg der Mieten nicht einer vorher- gehenden Kündigung bedarf, was insbesondere für lang- jährige Verträge gelten soll, wenn infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse der darauf beruhende Miet- preisfall dem Vermieter nicht zugunsten werden kann, wenn das bei Mietervermittlung dem Vermieter eine ent- sprechende Erhöhung des Mietzinses im Hinblick auf die Abnutzung zugunsten ist. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, der die Zuziehung von Vertretern der Organisationen des Hausbesitzes und der Mieter bei Be- ratungen über die Frage des Wohnungswesens im Reich- tag in den Einzelstaaten sowie die Bildung ständiger, amtlich zusammengefügter Ausschüsse bei den Miet- kommissionen und ebensolcher Zentralstellen für die Angelegenheiten am Sitz der Regierung fordert.

Wettervorhersage für den 20. August.

Wolfig, meist trocken, etwas kühler, westliche Winde.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 19. August 1920.

Herabsetzung des Frühkartoffelpreises. Mit Wirkung vom 16. Aug. ab hat die Provinzialkartoffel- kommission den Frühkartoffel-Erzeugerhöchstpreis für die Provinz Westfalen von 32 M auf 28 M den Zentner fest- gesetzt.

Das Kreisspielfest des IX. Kreises der Deutschen Fußball-Union. Das am Sonntag in Frankfurt a. M. statt- gefundene, das in allen Teilen einen guten Verlauf und das der Mittelschicht eine äußerst rege Spiel- leistung aufweist. Alle möglichen Spiele kamen zum

Austrag, und man konnte überall großen Eifer der Spieler beobachten, sodaß sämtliche Wettkämpfe von einer großen Zuschauermenge mit Interesse verfolgt wurden. Besonders spannend waren die Kämpfe um die Kreis- meisterschaft in Faust- und Schlagball, bei welchen alle Mannschaften nur ihr Bestes zeigten. Allgemeinen Bei- fall fand die großartig angespielte Mannschaft des Wart- burgvereins Frankfurt, welche sämtliche Spiele gewann und als Kreismeister im Schlagball hervorging. Auch die Schiersteiner Mannschaft, die ja fast nur aus aktiven Turnern besteht, die das Schlagballspiel noch nebenbei betreiben, hielt sich sehr tapfer den anderen Vereinen gegenüber, deren Mannschaften nur für das Schlagball- spiel trainieren und daher auch alle Vorteile, die sich nach längerem Spiel herausstellen, richtig ausnutzen können. Die hiesige Mannschaft verlor gegen die glänzende Technik des Frankfurter Wartburgvereins mit 128:66 Punkten. gegen Turnverein Saarbrücken mit 95:35 Punkten, und konnte gegen die Turnvereinigung Altschaffenburg mit 70:41 Punkten gewinnen. Im Faustballspiel errang die rühm- lichst bekannte Mannschaft des Vereins „Viktoria“ Frankfurt a. M. die Kreismeisterschaft. Auch sonst wurden fast sämtliche Wettkämpfe von Frankfurter Vereinen ge- wonnen, die in allen Spielarten auf der Höhe sind, was sie wohl in erster Linie den schönen Spielplätzen zu verdanken haben, zu deren Anlage die Stadt Frankfurt viel beigetragen hat. Zur Förderung des Schlag- ballspiels ist die hiesige Turngemeinde nun entschlossen, eine neue erstklassige Mannschaft aufzustellen, die haupt- sächlich aus Leuten besteht, die weniger für das Geräte- turnen in Betracht kommen und sich diesem schönen Spiel voll und ganz widmen können. — Am Sonntag Vormittag um 9 Uhr werden unter Leitung des Spielwartes die ersten Vorübungen für das Schlagballspiel beginnen und werden alle, die sich an den Spielen beteiligen wollen, gebeten, pünktlich auf dem Spielplatz am Hafen zu er- scheinen. Auch im Faustballspiel werden neue Mann- schaften aufgestellt, und können auch hierbei noch ältere Turner teilnehmen. Anmeldungen zu den Spielen können jederzeit bei dem Spielwart August Schmidt jr. oder in den Turnstunden bei den Turnwarten erfolgen.

*** Tarifvertrag für Angestellte.** Vom „Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) Ortsverband Biebrich“ wird uns geschrieben: Die zwischen den zu- ständigen Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge haben die Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichs- arbeitsministerium erlangt. Der am 13. 3. 20 abge- schlossene Mainzer-Tarifvertrag, welcher für die Großindustrie und den Großhandel in den Handels- kammerbezirken Mainz und Wiesbaden in Frage kommt, ist ab 1. 6. 20, der am 25. 3. 20 abgeschlossene Wies- badener-Tarifvertrag, der den Kleinhandel des Handelskammerbezirks Wiesbaden umfaßt, ist ab 1. 5. 20 für allgemein verbindlich erklärt worden. Hier- aus ergibt sich für alle Arbeitgeber die Pflicht, ihre Angestellten (männliche, weibliche, sowie Lehrlinge) nach dem für den betreffenden Betrieb in Frage kommenden Tarife zu entlohnen.

*** Ueber die versicherungrechtliche Zugehörigkeit der Drechsmaschinenarbeiter** bestehen vielfach Zweifel, zu deren Beseitigung nachstehende Zeilen dienen sollen. Für die Anmeldung zur Krankenkasse, sowie das Ableben der Invalidenrenten hat stets der Lohnberechnungsunternehmer für sämtliche von ihm gestellten Arbeiter zu sorgen. Bezüglich der Unfallversicherung kommt es darauf an, ob der Drechsmaschinenbesitzer oder der Landwirt, bei dem ge- drohen wird, den Auftrag zu der Arbeit erteilt und den Lohn zahlt. Für die eigentliche Bedienungsmann- schaft der Maschine (Maschinenführer, Einleger, Heizer usw.) wird wohl stets der Maschinenbesitzer als Unter- nehmer zu gelten haben, während das übrige Hilfspersonal entweder ganz oder teilweise durch den Maschinenbesitzer oder den Landwirt gestellt und gelohnt werden kann. Zahlt der Maschinenbesitzer den Lohn, so gelten die Arbeiter als bei ihm beschäftigt, und er hat jeden einzelnen Arbeiter bei der gewerblichen Berufsgenossenschaft anzumelden (im Lohnbuch einzutragen), während die von dem Land- wirt gelohnten Arbeiter ohne weiteres bei der landwirt- schaftlichen Berufsgenossenschaft versichert sind. Auch für den sehr oft vorkommenden Fall, daß der Maschinen- besitzer die Hilfspersonen im Auftrag und für Rechnung des Landwirts stellt, ohne selbst noch zu dem Lohn einen Aufschlag als Unternehmergewinn zu bekommen, sind die betreffenden Personen bei der landwirtschaftlichen Berufs- genossenschaft gegen Unfälle versichert.

*** Ueberreife Früchte.** Viele, die Obst verpeisen, klagen nachträglich über Uebelkeit, Leibbeschwerden usw. trotzdem sie versichern, die Früchte vollständig reif und geschäft zu sich genommen zu haben. Da nun aber gutes Obst, wenn es mäßig genossen wird, kaum Beschwerden verursachen kann, lag die Schuld an der Ueberreife der Früchte. Sobald diese nämlich ihre weiße Fleischfarbe verlieren (oder wie manche sagen: teigig werden), verlieren sie ihren angenehmen Geruch und gehen in Fäulnis über. In diesem Stadium sind sie aber dem Körper nicht mehr zuträglich. Besonders Frühbirnen haben die Eigenschaft, in halbwegs warmen Tagen braun zu werden. Daher möge man gleich beim Einkauf Obacht geben, daß man weder unreife noch überreife Früchte erhält. Vor letzterer hüte man sich besonders dann, wenn man eine größere Menge kauft, und man gezwungen ist, die Früchte noch einige Zeit aufzubewahren.

*** Das Militär-Polizeigericht Wiesbaden** hatte in seiner Sitzung am 4. August ds. Js. den Straßenbahnkassierer Theodor Mundorf, Wagemannstr. 31 in Wiesbaden wohn- haft, wegen „attitude inconvenante“ zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, sowie Publikation des Urteils in einer Wiesbadener Tageszeitung ver- urteilt.

Gegen das Urteil, das f. Zt. den Anlaß zum Streik des Personals der Elektrischen Straßenbahn gab, war Appellation erfolgt. Das Kriminal-Appellationsgericht Mainz erkannte nunmehr gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und auf eine Geld- strafe von eintausend Mark.

*** Verlängerung der Steuererklärungsfrist auch für die Besitzsteuer.** Nachdem durch Verordnung vom 17. August zunächst die Frist für die Abgabe der Steuer- erklärung für das Reichsnotopfer bis zum 30. September verlängert ist, wird demnächst auch eine Verordnung über die Verlängerung der Frist zur Abgabe der Steuer- erklärung für die Besitzsteuer bis zum gleichen Zeitpunkt erfolgen.

*** Ausweisung des Wiesbadener Regierungs- präsidenten.** Die interalliierte Rheinlandkommission hat unterm 12. ds. Mts. an den deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Amtsenthebung und Ausweisung des Regierungspräsidenten Dr. Momm und des Polizeirats Streibelein in Wiesbaden im Verfolg der Affäre Dörten verfügt und sie damit begründet, daß diesen Beamten die Tatsachen hätten bekannt sein müssen, die der Verhaftung Dr. Dörten vorangingen und sie begleiteten; wenn die beiden Beamten behaupteten, davon erst durch den Kommissionsdelegierten unterrichtet worden zu sein, so würden sie damit, wie die Kommission meint, selbst ihre augenblicklichen Nachbefugnisse und ihre unzureichende Aktivität anerkennen. Für die Sicherheit der alliierten Armeen sei es unerlässlich, daß diese Beamten durch kompetentere und besser unterrichtete Funktionäre ersetzt würden. Es handelt sich, so sagt die Kommission, um eine grobe Nachlässigkeit in der Wahrung der öffentlichen Ordnung.

Kleine Chronik.

Schwere Pilzvergiftungen. Die Familie des Bauteilwarenfabrikanten Bühl in Offenbach wurde nach dem Genuß von Pilzen schwer erkrankt in das Spital ge- bracht. Die Vergiftung war so schwer, daß sämtliche 4 Erkrankte gestorben sind.

Spielbankpläne. Trotz des einstimmigen Pro- test der Bad Nauheimer Kreischaft haben die Stadt- verordneten in geheimer Sitzung mit Mehrheit beschlos- sen, bei dem hiesigen Ministerium in Darmstadt die von ritter Seite nachgesuchte Erlaubnis zur Errichtung einer Spielbank beizufürworten zu unterstützen.

Einst und jetzt. Ein Kurast in einem hiesigen Kurort, über die augenblicklichen Verhältnisse befragt, gab darüber folgende Antwort: Früher wechselte ich täglich ein Kragen und wöchentlich einen Hundertmarkschein, jetzt wechsle ich täglich einen Hundertmarkschein und wöchent- lich den Kragen.

Uebertragene Tierseuche. In Oberbayern ist nach einer Meldung aus München eine Bauersfrau mit ihren zwei Kindern an Maul- und Klauenseuche nach dem Genuß von Milch von verseuchten Tieren schwer erkrankt. Die Mägel sind an den Zehen und Fingern abgegangen. Mund und Schlund sind eitrig entzündet, sodaß die Nah- rungsaufnahme unmöglich ist.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Fleisch.

In den hiesigen Metzgereien gelangen am Samstag, dem 21. d. M., von nachmittags 2 Uhr ab, 200 Gramm Fleisch, das Pfund zu M. 10,—, zur Ausgabe.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Geldbetrag.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 19. August 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 25. April 1920 in Verbindung mit der Verordnung des Herrn Reichs- arbeitsministers vom 1. Dezember 1919 wird folgendes verordnet:

Die Eigentümer von Drechsmaschinen, die im diesseitigen Landkreise arbeiten, sind verpflichtet, bei jeder Maschine 6 Gewerkschaften aus dem Landkreise Wiesbaden zu beschäftigen. Als Mindeststundenlohn wird ein Betrag von 2,50 M bei freier Verpflegung und Unterkunft festgesetzt. Soweit die Arbeitnehmer am Orte ihres Wohnortes beschäftigt sind, steht ihnen Unterkunft nicht zu. Für das Räder der Drechsmaschine wird nichts vergütet. Die Anteile an den reichsgesetzlichen Versicherungsbeiträgen sowie Steuer werden nach den gesetzlichen Vorschriften getragen.

Für die Bereitstellung von Unterkunftsräumen sind die Bürgermeistereien verantwortlich.

Die Arbeitszeit richtet sich nach den örtlichen Ver- hältnissen.

Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 10000.— M und mit Ge- fängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Demobilisierungsausschusses oder Demobilisierungs- kommissars ein.

Diese Verordnung tritt drei Tage nach ihrer Ver- kundung in Kraft.

Wiesbaden, den 14. August 1920.

Demobilisierungsausschuß des Landkreises Wiesbaden: J. A.: Bieser.

Für Reich, für Arm, für Mittelstand,
Modernste Stadt, solidestes Land,
Für Jünglinge, für Männer,
Für Laien wie für Kenner.

Ob alt, ob jung, ob gross, ob klein,
Kommt er in mein Geschäft hinein,
Er findet alles was ihm passt,
Zum Preis, man sagt gestohlen fast.

Anzüge, Ulster, alle Hosen,
In Passform grad wie angegossen.
Ueberzieher für Herbst und Winter
So preiswert, dass selbst staunt ein
Blinder.

Auswärtige erhalten beim Kauf
Das Fahrgeld gar noch obendrauf.
Denn wer nicht unnütz Geld gibt aus
Eilt ins **MONATSGARDEROBENHAUS**

**Prinzip: Kleinste Spesen,
geringster Nutzen.**

**Erstes Mainzer
Monats-Garderobenhaus,**

Schusterstr. 34, I Schusterstr. 34, I

Kein MAINZ Kein
Laden! Laden!

Achten Sie auf Hausnummer.

Auswärt. Kunden erhalten bei Kauf eines Anzuges
oder Paletots Fahrgeld bis zu 10 Mark vergütet.

**Wollen Sie billig
u. gut rauchen?**

dann bestellen Sie sofort
2 Pfd. „Virginia“ Tabak
garan. rein Uebersee
Preis nur Mk. 50.— franko

oder
100 Stück la Zigarren
gar. rein Uebersee

Preis nur Mk. 75.— franko
Alle Preise einschl. Steuer
und Verpackung gegen
Voreins. oder Nachnahme.

Jucozon-Gesellschaft
Frankfurt a. M. - Niederrad.
Händler verlangen Spezial-
preise!

Ein

Familien-Häuschen

mit Hofraum und Garten in
Schierstein oder Niederwalluf
zu mieten oder kaufen gesucht.
Offerten u. F. B. 900 an
die Geschäftsstelle.

Achtung!
Kaufe von Freitag, den 20.
wieder sämtliches Altma-
terial Rüferstraße Nr.

Wolle Kilo 8.00

Kupfer „ 6.00

Messing „ 3.00

Blei „ 2.00

Zink „ 1.00

Lumpen „ 0.80

Glas weis „ 0.15

Eisen „ 0.30

Zahl der Zeit entsprechend die
allerhöchsten Preise. Kaufe f. u. l.
Wein- und Getreidefässer.

Alte auch zerbrochene **Zahngelisse** sowie Gold,
Platin Brenn-
stifte, Musikinstrumente, Foto-Aparate usw. kauft stets
zu konkurrenzlosen Preisen.

Mauritius-
strasse 6 **E. Ludwig** Mauritius-
strasse 6
Wiesbaden

Favorit-Moden-Album

für Herbst und Winter 1920 eingetroffen.
Horch, Wilhelmstraße 38.

Ortsbauernschaft Schierstein

Samstag, den 21. August, abends 8½ Uhr,
findet im „Rheingauer Hof“ eine

Versammlung

der Interessenten für den Weinbergschutz statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

la Gummiabsätze

zu angenehmen Preisen ein-
getroffen.

Kaufhaus P. Knab.

Telefon 390.

15—25 Mark

garantiert bauernb. idyllischen
Verdienst f. jedermann, trotz der
hohen Portospesen. Leicht, saubere,
angenehme, häusliche Arbeit.
— Kein Wiederverkauf. — Bitte
um Adresse. Für Rückporto 20 Pfg.
erbeten.

Glümmerfarten - Zentrale
R. Bach, Chemnitz

Prima Kaffee, Pfd. „ 28.—

„ Salatzöl, Liter „ 28.—

gez. cond. Milch, Dose „ 8.50

„ Reis „ 5.20

„ Schöne Büchlinge „ 1.40

„ Prima Kernseife Pfd. „ 9.50

„ Penoz-Seife, Stück „ 7.00

„ Weiße Bohnen, Pfd. „ 1.80

„ Maizena „ 6.40

„ Toilettenseife, Stück „ 3.50

„ Prima Haserluchen „ 2.40

„ Handkäse, Stück „ 0.55

Heinrich Gress

Bäckerei

und Kolonialwarengeschäft

Sehr gut erhaltene

Waschmaschine

zu verkaufen. Mittelstr. 17.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 10 Uhr verschied nach langer, schwerer, mit grosser
Geduld ertragener Krankheit meine innigstgeliebte Frau, die gute Mutter
unseres Kindes, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau Maria Bollschweiler geb. Hess

im Alter von 28 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Albert Bollschweiler und Kind.

Schierstein, den 19. August 1920.

Die Beerdigung findet Samstag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, vom kath.
Schwesternhause aus statt.

D. S. B.

Ortsgruppe Schierstein.

Morgen Abend 8 Uhr im Restaurant „Drei Kronen“

Versammlung.

Tagesordnung:

Antwort auf das Schreiben der Ortsgruppe vom 18. 6.
an die Verbandsleitung und Stellungnahme hierzu.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um
vollständiges Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Obst-Versteigerung.

Freitag, den 20. August, nachm. 5 Uhr,
lässt Herr Phil. Aug. Seipel das Obst von circa 18
Apfel- und Birnbäumen im Distrikt „Hölzernbrud“ und „Fuchs-
garten“, durch den Unterzeichneten öffentlich an den Meist-
bietenden versteigern. Die Genehmigung wird 24 Stunden
vorbehalten. Nach erfolgter Genehmigung hat die Zahlung
des Steigpreises vor dem Abtransport am Bahnübergang an der
Dohheimerstraße. Auf Verlangen wird das Obst durch
Feldhüter Dadschek den Kaufliebhabern gezeigt.

Schierstein, den 17. August 1920

Das Ortsgericht:

Schmidt,

Ortsgerichtsvorsteher.

Lack- und Oelfarben

In allen Tönen, streichfertig, reinlich, roh und gekocht. Sittativ,
Fahbodend, Zerpentin, sowie alles, was zur Anstreicherlei ge-
hört, kaufen Sie nur gut und preiswert in der Farben- und Lackfabrik
Friedrich Brahm, Mainz, Gaustr. 73,
untere
zum weißen Röschchen, nächst dem Gouvernement.

Metallarbeiter-Verband.

Ortsgruppe Schierstein

Samstag, den 21. August, abends 7 Uhr,

Versammlung

im Ratsstübchen.

Sehr wichtig.

Emaille-Ausverkauf!

Soweit noch Vorrat:

Elmer 20 22 24 26 cm

10.—, 13.—, 18.—, 24.— Mk.

Schüsseln 24 28 32 34 cm

10.—, 12.—, 14.—, 16.— Mk.

Kaffeekannen 15, 20, Kaffeekessel 15 Mk.

Wasserkannen 5.—, 10.—, 15.— Mk.

Kinderteiler, -Tassen billigst. Deckel,

alle Grössen in braun u. grau. Schöpf-

und Schaumlöffel Stück 2.—

E. Chandrosse, Wiesbaden,

Rheinstrasse 32 (Alte Post).



**Schul-
ranzen**

Grösste Auswahl
Billigste Preise
Offertiert als
Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenufer.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gest. von 30,00 an

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegenüber

Kirchgasse 70, Mauritiusstr.

2 Grundarbeiter

sofort gesucht.

Ziegelei Wiesbadenerstraße 2

Dammeier, Brennmeister.

Fässer

in allen Größen, bis 600 Liter, zum Teil Einmachfässer
zu verkaufen.

Sekt-, Wein- und Kognakflaschen

kaufen zu nochmals erhöhten Preisen

Ackers Ankauf- und Sammelstelle

Wiesbaden, Weststrasse 21. Telefon 390

Postfachkonto 19659.

Der beliebteste

Borneo-Virginia-Rauchtabak

ist in vorzüglicher Qualität, reine Blattware,

zu Mk. 5.75 zu je 100 g (im Pfd. Mk. 5.40

zu 100 g) wieder laufend zu haben

Meyers Zigarrenhaus

Wiesbaden nur Bismarckring 32 nur Wiesbaden

Fernruf 5157.